

Lühr Henken\*

## **Verdoppelung des Wehretats – Wozu und mit welchen Konsequenzen?**

Überarbeiteter Vortrag in Essen, DGB-Haus, 28.4.2018

Die Bundeswehr begab sich mit dem Ende der Blockkonfrontation 1990/91 in neues Fahrwasser. Im Rahmen der NATO-Umorientierung auf „Out-of-Area“-Einsätze gab es auch neue Richtlinien.

Erstes offizielles Dokument waren die geheimen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) von 1992, die festlegten, sogenannte Krisenreaktionskräfte aufzustellen, die außerhalb des NATO-Gebiets, also „out of area“, eingesetzt werden sollten. Ein Novum. Erstmals wurde in den VPR als „vitales Sicherheitsinteresse“ Deutschlands definiert: „die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und der ungehinderte Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt.“<sup>1</sup> 2008 konkretisierte das die CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Die Herstellung von Energiesicherheit und Rohstoffversorgung kann auch den Einsatz militärischer Mittel notwendig machen, zum Beispiel zur Sicherung von anfälligen Seehandelswegen oder von Infrastruktur wie Häfen, Pipelines, Förderanlagen etc.“<sup>2</sup> Wie brisant und hoch umstritten solche Ansinnen sind, machte der Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler im Mai 2010 deutlich, als er öffentlich für den Einsatz der Bundeswehr für wirtschaftliche Interessen warb. Und prompt einen Sturm der Entrüstung ertete: Kanzlerin Angela Merkel ließ ihn im Regen stehen und Köhler nahm seinen Hut.

In den gütigen VPR von 2011 heißt es dazu aber nach wie vor: „Zu den deutschen Sicherheitsinteressen gehört, [...] einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.“<sup>3</sup>

Seit 1992 fanden diverse Umrüstungen und Neustrukturierungen der Bundeswehr statt. Die Soldatenzahl wurde abgebaut von damals rund 500.000 auf 240.000 im Jahr 2011. Dann wurde die Wehrpflicht ausgesetzt, so dass die Zahl der Soldatinnen und Soldaten auf jetzt knapp 180.000 sank. Aus einer Wehrpflichtarmee wurde eine Berufs- und Zeitsoldatenarmee mit nicht einmal 10.000 Wehrlenstleistenden. Die derzeitige Umstrukturierungsphase begann 2011 und endete 2017. Sie hatte auch das Ziel, die Zahl der Soldaten, die dauerhaft, also über Jahre, im Auslandseinsatz sind, von 7.000 auf 11.000 zu erhöhen. Nun soll bis 2024 die Bundeswehr-Sollstärke wieder auf 198.000 hochgefahren werden – Ein Plus von 11 Prozent. Weil die Bundeswehr schon jetzt trotz allgegenwärtiger Nachwuchswerbung massive Probleme hat ihre Sollzahlen zu erreichen, ist zu befürchten, dass sie ihren Werbeaufwand noch erheblich steigern wird.

Diese Erhöhung der Soldatenzahl ist eine Folge des Beschlusses des NATO-Gipfels von Wales im September 2014, die Rüstungsausgaben in Richtung 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Bis zur Krise um die Ukraine hatte sich die Bundesregierung bezüglich einer Erhöhung des Rüstungshaushalts zurückgehalten. Jedoch, so war es dem SPIEGEL zu entnehmen: „Es war die Bundesregierung, die im Nato-Rat mehrere Vorschläge machte, um die Mitglieder zu höheren Militärausgaben zu animieren.“<sup>4</sup> Der NATO-Gipfel formulierte: „Die Bündnispartner, deren Anteil

---

<sup>1</sup> Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung vom 26. November 1992 (Wortlaut) in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/1993, S. 1137 bis 1151, S. 1139

<sup>2</sup> CDU/CSU Bundestagsfraktion, Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland, 6. Mai 2008, 13 Seiten, Seite 6, <http://www.cdu.de/doc/pdf/c/080506-beschluss-fraktion-sicherheitsstrategie.pdf>

<sup>3</sup> Bundesminister der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien, 27. Mai 2011, 20 Seiten; VPR

<sup>4</sup> Vgl. DER SPIEGEL 25.3.2017, S. 30

vom BIP für Verteidigungsausgaben gegenwärtig unter diesem Richtwert liegt, werden: [...] darauf abzielen, sich innerhalb von zehn Jahren auf den Richtwert von 2 Prozent zuzubewegen, [...]“<sup>5</sup> Das heißt, zwei Prozent ist nicht strikt zu verstehen. Man kann auch darunter bleiben, nur das Bemühen um die Erreichung des Zieles muss erkennbar sein. Von der Leyen, gefolgt von Merkel und Seehofer, bildet hier die Speerspitze. Sie orientieren auf zwei Prozent. Sigmar Gabriel und Martin Schulz stellen sich öffentlich dagegen, sind jedoch entmachteter worden. Die FAZ beobachtete am 19. April die diesbezügliche Bundestagsdebatte aufmerksam und stellte fest, „die SPD [...] übte keine Kritik mehr an dem von der Bundesregierung angestrebten Ziel [...]“<sup>6</sup>

Was bedeuten zwei Prozent des BIP für unser Land? In die Berechnungen der NATO – also die sogenannten NATO-Kriterien - fließen sowohl die Ausgaben des Einzelplans 14, also des Verteidigungshaushalts - als auch die für die Bundespolizei ein. Der Einzelplan 14 für 2017 liegt bei 37 Milliarden Euro<sup>7</sup>. Nach „NATO-Kriterien“ gab Deutschland sogar 40,45 Milliarden Euro aus. Das macht nach Berechnungen der NATO genau 1,24 Prozent des BIP aus<sup>8</sup>. Allgemein ist mit einem Anstieg des BIP zu rechnen. Aus dem „Finanzplan des Bundes 2017 bis 2021“ geht hervor, dass die Bundesregierung bis 2021 jedes Jahr von einem BIP-Anstieg von Dreieinviertel Prozent ausgeht und 2021 auf einen BIP-Wert von 3.660 Milliarden Euro<sup>9</sup> kommt. Setzt sich die Steigerung des BIP bis 2024, dem Zieljahr, genauso fort, würde das BIP bei 4.028 Milliarden Euro liegen. Zwei Prozent davon bedeuten dann 80 Milliarden Euro (!) für Bundeswehr und Bundespolizei nach „NATO-Kriterien“. Gut 3 Milliarden davon würde die Bundespolizei verschlingen. Mit anderen Worten: Der Einzelplan 14 wird sich auf über 75 Milliarden Euro verdoppeln – wenn das Vorhaben realisiert wird. Ich komme später nochmal auf das Geld zurück.

Für die Zukunftsplanung hat die alte GroKo 2016 ein neues Weißbuch herausgegeben, das auf einen Zeitraum von etwa 10 Jahren ausgelegt ist. Das Verteidigungsministerium hatte es vor der eigentlichen Veröffentlichung an transatlantisch orientierte Leitmedien ausgegeben - noch bevor die Bundestagsabgeordneten es kannten. Die FAZ titelte programmatisch: „Weißbuch: Deutschland als Gestaltungsmacht.“<sup>10</sup> In der Süddeutschen resümiert Stefan Kornelius, ihr Ressortchef Außenpolitik: „Das neue Weißbuch ist – gemessen an seinen Vorgängern – von neuer Klarheit. Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich das Land so deutlich zu seiner führenden Rolle in der Welt (*sic!*) bekannt und daraus auch eine sicherheitspolitische Verpflichtung abgeleitet.“<sup>11</sup> Derselbe hebt hervor, dass bei der Interessendefinition Deutschlands „an dritter Stelle bereits – Prosperität und ungehinderter Welthandel“ stehen. „Will heißen“, so Kornelius: „Die Freiheit der Meere und die Versorgung mit Rohstoffen stehen im Interessenkatalog ganz oben.“<sup>12</sup>

---

<sup>5</sup> Gipfelerklärung von Wales, 5.9.2014, 37 Seiten, Seite 5

<sup>6</sup> FAZ 20.4.18 Wehretat soll stärker wachsen

<sup>7</sup> Er soll 2018 auf 38,5 Milliarden Euro (+ 4%), 2019 auf 39,9 Milliarden (+3,6 %), 2020 auf 41,2 Milliarden (+3,3 %) auf 42,4 Milliarden Euro im Jahr 2021 (+ 2,9 %) steigen. Insgesamt um 14,6 Prozent, also Jahresdurchschnittlich um 3,65 %.

Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2018 und des Finanzplans bis 2021, 28.6.2017, 14 Seiten, S. 14, [http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Abt\\_2/2017-06-28-PM-zahlen-und-fakten.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Abt_2/2017-06-28-PM-zahlen-und-fakten.pdf?__blob=publicationFile&v=2)

<sup>8</sup> Defence expenditure of NATO Countries (2010 – 2017), NATO Press Release 15.3.2018, 15 Seiten, [https://www.nato.int/nato\\_static\\_files/pdf/2018\\_03/20180315\\_180315-pr2018-16-en.pdf](https://www.nato.int/nato_static_files/pdf/2018_03/20180315_180315-pr2018-16-en.pdf)

<sup>9</sup> Bundesrat, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Finanzplan des Bundes 2017 bis 2021, Drucksache 561/17, 11.8.2017, 75 Seiten, Seite 8, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/brd/2017/0561-17.pdf>

<sup>10</sup> FAZ 27.5.2016, Seite 1

<sup>11</sup> Süddeutsche Zeitung 13.6.2016

<sup>12</sup> Zuerst stehen: (1) Schutz der Bürger und des Landes, (2) Schutz der Verbündeten

Bezüglich der Haltung zu Russland gibt es im Vergleich mit dem vorherigen Weißbuch von 2006 gravierendere Änderungen ins Gegenteil. Damals war noch davon die Rede „eine dauerhafte und belastbare Sicherheitspartnerschaft mit Russland zu entwickeln und zu vertiefen“<sup>13</sup>, und es wurde von Russland als „herausgehobener Partner von NATO und EU“<sup>14</sup> gesprochen. Die Änderung bringt Kornelius auf den Punkt: „Seit dem Kalten Krieg hat keine Bundesregierung so eindeutig ein Land als bedrohlich gezeichnet.“<sup>15</sup>

Damit ist klar, die NATO-Mehrausgaben richten sich gegen Russland. Das untermauerte auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg im Juni 2016: „Russland versucht mit militärischen Mitteln einen Einflussbereich aufzubauen,“ sagte er. „Das (NATO-)Bündnis beobachtet eine massive russische Aufrüstung an der eigenen Grenze – in der Arktis, im Baltikum, im Schwarzen Meer bis zum Mittelmeer.“<sup>16</sup>

Unterschlagen wird hier das krasse Ungleichgewicht der Kräfteverhältnisse zugunsten der NATO im Vergleich mit Russland. Eine grafische Darstellung der Deutschen Welle, welche Zahlen des NATO-nahen International Institute for Strategic Studies (IISS) in London und des Bonn International Conversion Centers (BICC) vom Mai 2017 auswertet, macht das Ungleichgewicht sehr deutlich.

Ich möchte das kurz darstellen: Die NATO verfügt demnach mit knapp 3,5 Mio. Soldaten über das 4,4 fache Russlands, die NATO hat 25 Prozent mehr Kampfpanzer, sie hat das 2,8 fache an Kampfubschraubern, das Vierfache an Erdkampf- und Kampfflugzeugen, das 2,7 fache an Zerstörern, Fregatten und Korvetten, das 2,6 fache an U-Booten. Während die NATO-Staaten 27 Flugzeugträger nutzen, hat Russland nur einen. Bei den Militärausgaben ist die NATO-Übermacht am deutlichsten: mit 881 Mrd. US-Dollar gibt sie das 13 fache aus wie Russland. Nur in einem einzigen Rüstungsbereich hat Russland mehr als die NATO: Es hat 8 Prozent mehr Artilleriesysteme.<sup>17</sup> Russland versucht diese konventionelle Unterlegenheit mit taktischen Atomwaffen auszugleichen, sagt Hans Kristensen von der Federation of the American Scientists.<sup>18</sup> Davon hat Russland etwa 2.000 in ihrem europäischen Teil gelagert. Darüber gibt es mit dem Westen keine Abkommen. Hinzu kommt das US-Bestreben, bis 2020 eine „Full Spectrum Dominance“, also eine umfassende Überlegenheit an Land, unter und auf dem Wasser, in der Luft, im Weltraum und im Cyberspace zu erlangen. Seit 2006 arbeiten die USA an der Fähigkeit des „Prompt Global Strike“, das meint, binnen einer Stunde jeden Ort der Welt mittels Interkontinentalraketen, Hyperschall-Flugzeugen, Marschflugkörpern und Kampfdrohnen angreifen zu können. Hinzu kommt das von Obama aufgelegte Modernisierungsprogramm für Atomwaffen und ihrer Trägersysteme, das in den kommenden 30 Jahren 1.000 Milliarden Dollar verschlingen soll.

---

<sup>13</sup> Weißbuch 2006, 149 Seiten, S. 10 und S. 23, [www.BMVG.de](http://www.BMVG.de)

<sup>14</sup> Weißbuch 2006, S. 55

<sup>15</sup> Süddeutsche Zeitung 13.6.2016

<sup>16</sup> Spiegelonline.de 16.6.2016

<sup>17</sup> Welt am Abgrund? Der Münchner Sicherheitsbericht, Deutsche Welle, 8.2.18, <http://www.dw.com/de/welt-am-abgrund-der-münchner-sicherheitsbericht/a-42482455>

<sup>18</sup> Streitkräfte und Strategien, Jerry Sommer, Russlands Nuklearstrategie – neue Rolle für taktische Atomwaffen, NDR-Info.de, 5.9.15, S. 9 bis 13, S. 10.

[http://www.ndr.de/info/sendungen/streitkraefte\\_und\\_strategien/streitkraeftesendemannuskript546.pdf](http://www.ndr.de/info/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemannuskript546.pdf) Präzisere Aufstellung: <http://bos.sagepub.com/content/early/2015/04/13/0096340215581363.full.pdf+html>, S. 2 Sommer, S. 10

Kristensen und Norris gehen von etwa 2.000 taktischen Nuklearwaffen aus. Ihre Funktionen sind vielfältig: „425 Sprengköpfe sind zum Beispiel vorgesehen, um Luft- und Raketenangriffe gegen Moskau abzuwehren. 140 Sprengköpfe sollen russischen Kurzstreckenraketen geringer Reichweite zugeordnet sein, 650 Sprengköpfe stünden für Kampfflugzeuge bereit und etwa 730 seien für U-Boote und Schiffe gedacht. Alle diese taktischen Atomwaffen befinden sich in Friedenszeiten in zentralen Depots – auch bei Militärrübungen.“ (a.a.O.)

Wie geht Russland mit der NATO-Überlegenheit und ihrer Aufrüstungsabsicht um? Dazu müssen wir ein wenig in die Geschichte zurückgehen. Seitdem George W. Bush im Jahr 2001 den Vertrag zur Begrenzung der Raketenabwehrsysteme gekündigt hat und die USA damit begonnen haben, ein globales Raketenabwehrsystem zu installieren, fürchtet Russland um seine atomare strategische Zweitschlagskapazität. Der Vergleich der gefechtsbereiten strategischen Nuklearsprengköpfe ergibt heute eine Überlegenheit von 30 Prozent der NATO.<sup>19</sup> Und konventionell, das haben wir eben gehört, ist Russland der NATO so weit unterlegen, dass es das nicht aufholen kann. Russland hat in den 90er Jahren kaum in Rüstung investiert. Erst 2008 hat es ein Modernisierungsprogramm aufgelegt, das im Zeitraum von 2010 bis 2020 Ausgaben in Höhe von 490 Milliarden Dollar vorsieht (100 Milliarden davon für Atomwaffen)<sup>20</sup>. Es geht dabei vor allen darum, den Modernisierungsgrad der Waffensysteme auf 70 Prozent anzuheben. Nach 5 Jahren Modernisierung 2015 lag er erst bei je 33 Prozent bei Armee und Luftwaffe und bei „über 50 Prozent“ bei der Marine.<sup>21</sup>

Dabei mindert Russland sogar die Rüstungsausgaben. Wie die FAZ vor einem Jahr schrieb, hat die russische Regierung im Oktober 2016 „angekündigt, in den Jahren 2017 bis 2019 die Verteidigungsausgaben weiter senken zu wollen.“<sup>22</sup> Von dieser Meldung ist hierzulande kaum Notiz genommen worden. Schon 2016 hatte Russland gegenüber 2015 nach Berechnungen des Londoner Instituts IISS die Rüstungsausgaben um 0,3 Prozent gesenkt. Für 2017 fiel die Kürzung laut IISS mit knapp 10 Prozent bedeutend größer aus.<sup>23</sup> Im Dreijahresplan 2017 bis 2019 ist gar eine Absenkung auf umgerechnet 40 Milliarden Dollar vorgesehen, wie das Carnegie Moscow Center im Dezember letzten Jahres berichtete. Nach seiner Wiederwahl im März hatte Putin sich gegen ein Wettrüsten ausgesprochen und eine Senkung der Militärausgaben für dieses und nächstes Jahr angekündigt.<sup>24</sup> Allerdings zu Beginn des Jahres hat Putin ein weiteres Modernisierungsprogramm bis 2028 aufgelegt. Es soll umgerechnet 270 Mrd. Euro kosten, also im Durchschnitt 27 Milliarden Euro pro Jahr. Gemessen an den US-Militärausgaben von allein 700 Mrd. Dollar in diesem Jahr ist das allerdings wenig.

Welche Inhalte das russische Programm hat, machte Putin im Februar bekannt: Er nannte hyperschallische Raketenysteme, die von Flugzeugen aus starten („Dolch“), dann ein als „Feuerkugel“ bezeichnetes Hyperschall-Raketensystem, das sich mit 20 facher Schallgeschwindigkeit bewegen soll. In Planung: Eine neue ballistische Interkontinentalrakete SARMAT mit Mehrfachsprengköpfen. Dazu atomar angetriebene Marschflugkörper, die Ende letzten Jahres getestet wurden, und über eine „unbegrenzte“ Reichweite verfügen sollen. Fortschritte bei Laserwaffen meldete Putin sowie eine superschnelle Untersee-Drohne mit interkontinentaler Reichweite, die schneller sei als alles, was auf oder unter Wasser unterwegs ist. Was davon wann tatsächlich realisierbar ist oder wird, ist allerdings unklar.

Kommen wir nach diesem Exkurs zur deutschen Rüstungspolitik zurück.

<sup>19</sup> USA 2.000, europäische NATO-Staaten 300, Russland 1.790

<sup>20</sup> <https://de.sputniknews.com/militar/20120223262753880/>, 23.2.2012. Sie umfasst 600 Kampfflts, 1.000 Hubschrauber, 100 Militärsatelliten, Raketenabwehr-Systeme S-400 und S-500, 20 Mehrzweck-U-Boote, 50 Schiffe, 2.300 neue Panzer (davon sollen bis 2020 allenfalls 470 ARMAATA fertiggestellt sein, so Janes. FAZ 15.12.17), 2.000 Panzerhaubitzen und Geschütze, 17.000 Fahrzeuge. Im nuklearen Bereich: 400 Interkontinentalraketen

<sup>21</sup> Colin Welt, Russia: Backgroud and U.S. Interests, Congressional Research Center, 1.3.2017, 47 Seiten, S. 29,

<https://fas.org/sgp/crs/row/R44775.pdf>

<sup>22</sup> FAZ.NET 24.3.2017

<sup>23</sup> FAZ.NET 24.3.2017

<sup>24</sup> 23.3.18, <https://de.sputniknews.com/politik/20180323320026260-russland-peskow-putin-aussenpolitik/>

1992 fand erstmals ein bewaffneter Bundeswehreininsatz im Ausland statt. Bis dahin – also zu Zeiten des Kalten Krieges - hatte es nur sogenannte humanitäre Einsätze ohne Bewaffnung gegeben. Von den militärischen seit 1992 sind 40 abgeschlossen. Darunter der erste große in Somalia 1993 mit 1.300 Soldaten und der völkerrechtswidrige Kriegeinsatz gegen Jugoslawien 1999. Zum Höhepunkt waren kurzfristig bis zu 10.000 Soldaten gleichzeitig im Auslandseinsatz.

Aktuell sind es 14 Mandate mit gut 4.100 Soldaten<sup>25</sup> auf drei Kontinenten und zwei Meeren. Geostrategische Schwerpunkte sind zurzeit Mali mit der Sahelzone sowie Afghanistan mit jeweils ca. 1.100 bis 1000 Soldatinnen und Soldaten. Beide Einsätze werden aufgestockt. Abgestuft dahinter mit Soldatenzahlen zwischen 450 und 380 Litauen, Nahost mit Nord-Irak, die Einsätze im Mittelmeer vor der libysche Küste und das Kosovo.

Zusammengefasst haben wir es also mit zwei Aufgabenschwerpunkten der Bundeswehr nach dem Ende der Blockkonfrontation zu tun. Am Beginn standen die Auslandseinsätze, die seit 25 Jahren stattfinden, und hinzu kommt die Aufrüstung gegen Russland, was unter der offiziellen Überschrift Landes- und Bündnisverteidigung oder Abschreckung kommuniziert wird.

Was noch fehlt, ist die Beschreibung der deutschen Aufrüstung. Was wird beschafft und wofür? Wann wird es zur Verfügung stehen und welche Planungen bestehen für die Zukunft?

Mit dem Abbau der Soldatenzahl, der schweren Kampfverbände mit Panzern, Schützenpanzern und Artillerie ist seit fast 25 Jahren gleichzeitig ein ambitioniertes Aufrüstungsprogramm im Gang, das noch nicht abgeschlossen ist. Es geht um die Erneuerung der Bundeswehr an Rumpf und Gliedern - ausgerichtet am Ziel der militärischen Eingreifbarkeit „out of area“. Bei der Beschaffung wird „vom Einsatz her gedacht“. Wegen technischer Probleme kommt es zu erheblichen Verzögerungen, aber die Waffen werden kommen.

Im Folgenden werde ich Kurzcharakteristika über neue Waffensysteme und Ausrüstungen geben. Daraus ist abzulesen, wie sich der Charakter der Bundeswehr verändert hat und weiter verändern soll.

Von grundsätzlicher Bedeutung für die Umrüstung der Bundeswehr nach der Blockkonfrontation sind zwei zentrale innovative Systeme. Zum einen die sogenannte Vernetzte Operationsführung mit Drohnen im Zentrum, und zum anderen der sogenannte strategische Lufttransport. Ich erkläre kurz die Begriffe.

„Vernetzte Operationsführung“. Die geht nicht ohne umfangreiche Digitalisierung und bedeutet: Alle Soldaten, gleich ob im Kommando im Hauptquartier, Pilot, Panzerfahrer oder Infanterist, oder wer auch immer sonst, erhalten über ihr Computer-Display gleichzeitig dasselbe Lagebild. Das hat einen entscheidenden Nutzeffekt. Es verschafft einen Zeitvorteil gegenüber den Gegnern. Zeit für Entscheidungen, um im Krieg zu siegen. Dies setzt Drohnen als Aufklärungsmittel voraus. Davon sind über 500 im deutschen Heer im Einsatz. Unabhängig von der Tageszeit machen sie Videos und Fotos in Echtzeit, aus dem Nahbereich und aus Entfernungen von bis zu 100 km.<sup>26</sup> Darüber hinaus werden sechs Überwachungsdrohnen HERON 1 mit Flugreichweiten von 800 km in Afghanistan und in Mali eingesetzt. Das Drohnenarsenal wird erweitert.

---

<sup>25</sup> Stand 20.4.18

<sup>26</sup> Diese Schar soll ab 2020 modernisiert und ersetzt werden. Das Projekt nennt sich HUSAR.

Von außerordentlicher Bedeutung sind dabei vier neue Drohnenprojekte. Beim ersten will die Bundesregierung US-Großdrohnen des Typs GLOBAL HAWK für die Elektronische Kampfführung beschaffen. Dafür sollen ab 2025 vier spezielle GLOBAL HAWK gekauft<sup>27</sup> werden, die dann bei uns PEGASUS heißen sollen. Sie können ununterbrochen 40 Stunden lang in der Luft bleiben und dabei 25.000 km zurücklegen. Mit diesen PEGASUS sollen aus 20 km Höhe Staats- und Militärführungen fremder Länder, ihre Standorte, Kommando- und Kommunikationswege und Informationsflüsse ausspioniert werden, um sie im Kriegsfall abschöpfen oder ausschalten zu können. Das zweite Großdrohnenprojekt ist das AGS der NATO. Auch das sind Großdrohnen des Typs GLOBAL HAWK. AGS erfasst Bodenziele. Daran beteiligt sich die Bundesregierung mit einem Drittel der Kosten. Das ist schon überproportional, reicht ihr aber nicht. Zusätzlich ist hierfür von vier GLOBAL HAWK unter nationaler deutscher Verfügung die Rede. Beide Großdrohnenmodelle, PEGASUS und AGS, sollen in Jagel bei Schleswig stationiert werden. Hinzu kommen als drittes Großprojekt bewaffnungsfähige Aufklärungsdrohnen, also Kampfdrohnen. Hierzu gibt es seit Juni letzten Jahres zwischen der SPD und der Union einen Dissenz. Die SPD hat nichts gegen die Aufklärungsdrohne, lehnt aber im Gegensatz zur Union bisher ihre Bewaffnungsfähigkeit ab. Im Koalitionsvertrag haben sich nun beide Seiten darauf verständigt, die HERON TP aus Israel zu leasen. Für eine Milliarde Euro sollen es sieben HERON TP sein. Nach „ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung“ im Bundestag soll über die Bewaffnung entschieden werden. Union und SPD haben sich im Koalitionsvertrag auch darauf festgelegt, und das ist vierte Projekt, eine in Europa hergestellte Drohne entwickeln lassen zu wollen. Auch diese „Eurodrohne“ soll bewaffnet werden und ab 2025 sogar im europäischen Luftraum verkehren können.

„Strategischer Lufttransport“. Dazu sollen ab 2026 alle 53 bestellten Airbusse A 400 M zur Verfügung stehen, am Ende dieses Jahres sollen es 25 sein.<sup>28</sup> Diese verfügbaren die Lufttransportkapazität der Bundeswehr. So tragen sie zum Beispiel zwei Kampfhubschrauber TIGER oder einen Transporthubschrauber NH 90, einen Radpanzer BOXER oder einen Schützenpanzer PUMA oder 116 Fallschirmjäger in die Kampfzone. Für Start und Landung genügen ihnen weniger als 1 km Schotter- oder Grasspiste.

Nun kurz zu weiteren konkreten Vorhaben in Heer, Marine, Luftwaffe und im Weltraum:

Ausbildungs- und Ausrüstungsschwerpunkt des Heeres ist die Aufstandsbekämpfung. Stadtkampf, Ortskampf, Häuserkampf werden eingeübt. Dafür wird eigens ein neuer Fuhrpark geschaffen, bestehend aus 400 geländegängigen Radpanzern BOXER und 350 neuen Schützenpanzern PUMA – beides sind internationale Spitzenprodukte, die auch exportiert werden sollen. Sie sollen eines Tages bis zu 11.000 Infanteristen transportieren, die mit High-Tech ausgerüstet werden und Bestandteil der „Vernetzten Operationsführung“ sind. Die High-Tech-Ausrüstung kostet pro Soldat etwa 150.000 Euro. Auch die neuen Kampfhubschrauber TIGER können im Stadtkrieg eingesetzt werden.

Zur Marine auch nur ganz kurz: Die deutsche Marine konzentriert sich auf fremde Küsten und auf das Land dahinter. Die Ausrüstung ist entsprechend:

Sie verfügt über fünf Hochseekorvetten, fünf weitere sollen folgen. Mit Tarnkappeneigenschaften bei geringem Tiefgang wollen die Korvetten vor fremden Küsten möglichst unentdeckt bleiben. Jeweils

---

<sup>27</sup> Bundeswehr bekommt neue Drohnen, Sueddeutsche.de 7.3.2017

<sup>28</sup> 7. Bericht des Bundesministeriums für Verteidigungsangelegenheiten zu Rüstungsangelegenheiten, Teil 1, März 2018, Berlin, 176 Seiten, S. 120

mit vier Marschflugkörpern für den Schiffs- und Landbeschuss versehen, können Ziele in 250 km Entfernung getroffen werden.

Im Bau sind vier Großfregatten F 125. 2020 sollen sie fertig ein. Sie sind multifunktional für den weltweiten Einsatz ausgelegt. Auch Landbeschuss aus Kanonen mit 120 km Reichweite soll möglich werden. Interessant ist noch ihr Stückpreis von über 780 Mio. Euro. Das ist mehr als ein riesiges Kreuzfahrtschiff kostet. Drei Fregatten sollen sich ab 2020 mit ihren Radaranlagen an der Führung der NATO-Raketenabwehr beteiligen.

Aber es kommt noch dicker: Beschlossene Sache für den weltweiten Einsatz ist auch der Bau von vier Mehrzweckkampfschiffen.<sup>29</sup> Sie werden jeweils eine Milliarde Euro kosten. Später sollen noch zwei dazu kommen.

Und unter Wasser: Die Bundeswehr verfügt über sechs, bald acht, extrem leise und sehr leistungsfähige U-Boote, die von Brennstoffzellen angetrieben werden. Sie können drei Wochen lange Tauchfahrten um den halben Globus unternehmen, Schiffe und U-Boote versenken und Schiffsbewegungen überwachen. Weil an Ersatzteilen gespart wurde, um die Beschaffungskosten künstlich niedrig zu halten, ist davon bis November kein U-Boot einsatzfähig, aber sie werden flott gemacht.

Zum Weltraum: Mit dem Radarsatellitensystem SAR-Lupe ist jeder Punkt der Erde bei jedem Wetter beobachtbar. Objekte bis zu einer Länge von einem halben Meter sind identifizierbar, eine weltweit führende Technologie. Ein Nachfolgemodell ist für 900 Mio. Euro in Bau.

TORNADOS und EUROFIGHTER dienen nicht nur der Luftverteidigung, sondern auch dem Luftangriff.<sup>30</sup> 600 Marschflugkörper TAURUS können, von den Kampfflugzeugen abgesetzt, nach 350 km langem Alleinflug mittels der 500 Kilogramm schweren Gefechtsladung noch vier Meter dicken Beton durchschlagen.<sup>31</sup> Im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ der NATO werden 20 US-amerikanische Wasserstoffbomben von deutschen TORNADOS getragen, die in Büchel stationiert sind. Sie werden technisch so verändert, dass sie präziser treffen und ihre Sprengkraft anpassen können. So werden aus Abschreckungswaffen einsetzbare Atombomben.

Folgende Entscheidungen dürfen in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben: 2015 die Entscheidung von der Leyens, den geplanten Abbau der Kampfpanzer Leopard 2 in der Bundeswehr auf 225 zu stoppen und rückgängig zu machen und wieder auf 320 Leos aufzurüsten. Im selben Jahr machte sie deutlich, dass bis 2030 insgesamt 130 Milliarden Euro für neue Ausrüstungen und Waffen benötigt würden. Mit dem Geldausgeben hat die alte Groko schon Ernst gemacht. Sie verfünfachte die militärischen Investitionsausgaben gegenüber Schwarz-Gelb auf 32 Milliarden Euro.<sup>32</sup>

Der Chef des Planungsstabes der Bundeswehr, Generalleutnant Erhard Bühler, gab im April letzten Jahres an, wofür das Geld noch ausgegeben werden solle. Man habe den Fokus bisher zu sehr auf Auslandseinsätze allein gelegt, angesichts der Gefahr durch Russland müsse die Bündnisverteidigung gleichwertig im künftigen Fähigkeitsprofil berücksichtigt werden, hieß es. Bühler spricht von einer

<sup>29</sup> Augen geradeaus, 27.1.2016, Die neue Großgeräte-Liste: Weg von den Obergrenzen,

<http://augengeradeaus.net/2016/01/die-neue-grossgeraete-liste-weg-von-den-obergrenzen/#more-22820>

<sup>30</sup> Sie erhalten dafür 1000 Pfund-Bomben (GBU-48) mit lasergeführtem Zielfandanflug sowie GPS-Navigation.

<sup>31</sup> Seine offiziellen Aufgaben: „Verbunkerte Führungsgeschäftsstände, Fernmeldezentren, Versorgungseinrichtungen, Brücken, Flugzeuge am Boden, Flugplatzinfrastruktur und Luftverteidigungsstellungen“ zu zerstören. Strategie & Technik Januar 2011, S. 6

<sup>32</sup> FAZ 20.2.18, Eingreiftruppe kann kaum eingreifen.

fundamentalen Änderung des Maßstabes. Das bedeutet, bis 2031 soll die Bundeswehr so aufgerüstet werden, dass sie in weniger als drei Monaten fähig ist, an Land, zu Wasser, in der Luft, im Weltraum und im Cyberraum einsatzbereit zu sein. Das bedeutet konkret für das Heer, zehn statt sieben voll ausgerüstete Brigaden, d.h. 27 Bataillone mehr.

Das beinhaltet den Ausbau der Artillerie von 3 auf 14 Bataillone. Es bedeutet fünfmal so viele Radpanzer für die Infanterie, mehr Kampf- und mehr Schützenpanzer. Es sollen auch mehr Military Airbusse und – das ist völlig neu - 45 bis 60 schwere Transporthelikopter<sup>33</sup> angeschafft werden. Zudem soll Seekrieg aus der Luft wieder möglich gemacht werden. „Außerdem ist Deutschland der NATO gegenüber Verpflichtungen eingegangen: Ab 2027 muss die Bundeswehr eine voll einsatzbereite Division für die Landes- und Bündnisverteidigung vorhalten, die aus drei Brigaden mit je 4.000 bis 5.000 Soldaten besteht. Ab 2032 hat Deutschland der NATO dann sogar drei voll einsatzbereite Divisionen zugesagt.“<sup>34</sup> Das heißt, hier sind gegenüber allen NATO-Partnern Zusagen gemacht worden, die während der nächsten 15 Jahre als bindende Vorgaben für die Bundeswehrausrüstung und –ausrichtung dienen. Diese Zusagen wurden parlamentarisch oder öffentlich nie diskutiert, sondern vor der Öffentlichkeit verborgen vorgenommen und werden dann argumentativ hervorgeholt, um ein groß dimensioniertes Bundeswehraufrüstungsprogramm zu begründen.

Das trifft auch auf die deutsche Bereitschaft zu, ab 2023 4.000 Soldatinnen und Soldaten für den Kern der Schnellen Eingreiftruppe der NATO (abgekürzt NRF) zu stellen.<sup>35</sup>

Von der Leyen geht derweil weiter forsch voran. Anfang 2019 stellen Verbände der Bundeswehr die Führung der 5.000 Mann starken Speerspitze der NATO Response Force. „Sie soll binnen 48 bis 72 Stunden an jedem Ort weltweit einsatzbereit sein.“<sup>36</sup> Von der Leyen plant darüber hinaus ohnehin, die Manövertätigkeit der Truppe drastisch zu erhöhen. Waren im letzten Jahr 4.000 Bundeswehrsoldaten an der NATO-Ostgrenze gegenüber Russland im Kriegsmanöver, so sollen es in diesem Jahr 12.000 sein.<sup>37</sup>

Ich komme jetzt noch einmal auf das Geld zurück. Ich hatte gesagt, dass ein Anteil von zwei Prozent am BIP für die Bundeswehr im Jahr 2024 nach NATO-Kriterien 80 Mrd. Euro bedeuten würde. Für das vergangene Jahr errechnete die NATO 40,4 Mrd. Euro, was <sup>38</sup> 1,24 Prozent am BIP ausmacht.<sup>39</sup> Noch

<sup>33</sup> FAZ 7.2. 18, Rheinmetall hofft auf Luftwaffe

<sup>34</sup> n-tv.de, Neuer Bundeswehr-Panzer zu alt – „Puma“-Aufrüstung kostet 500 Millionen, 25.1.18, <https://www.n-tv.de/politik/Puma-Aufruestung-kostet-500-Millionen-article20251868.html>

<sup>35</sup> Dafür sollen 40 in der Herstellung befindliche Schützenpanzer PUMA verwendet werden. Pressemeldungen ist zu entnehmen, dass diese PUMA schon wieder als veraltet gelten. Denn, so die FAZ: „Seitdem sich die NATO wieder auf einen Konflikt mit Russland einstellt, braucht das Heer [...] einen Schützenpanzer, der gegenüber einem ebenbürtigen Gegner bestehen kann.“ (FAZ 22.2. 18) Es würden breitbandige verschlüsselte Kommunikationsmittel fehlen, die die „vernetzte Operationsführung“ ermöglichen. Wärmebildkameras, Bewaffnung am Heck, Farb- anstatt Schwarz-weiß-Monitore seien weitere Erfordernisse. Allein der Einbau in die 40 PUMA würde etwa 500 Millionen Euro kosten<sup>35</sup>. Die FAZ schreibt: „Um alle 350 PUMA einsatzbereit zu bekommen, dürften nach Recherchen dieser Zeitung zwischen drei und vier Milliarden Euro fällig werden. Das sind zirka zwei Drittel der Beschaffungskosten von etwa fünf Milliarden Euro“, schreibt das Blatt (FAZ 22.2. 18). Und da hat der FAZ-Autor noch wohlwollend gerechnet. Im schlimmsten Fall würde jeder PUMA mit 25 statt 14 Millionen Euro zu Buche schlagen.

<sup>36</sup> Der Spiegel 9.12.17, Stumpe Speerspitze. Nachdem, was dazu bisher öffentlich wurde, handelt es sich dabei um 44 LEOPARD 2-Kampfpanzer, MARDER-Schützenpanzer und Transporthubschrauber.

<sup>37</sup> FAZ 20.2.18, Eingreiftruppe kann kaum eingreifen.

<sup>38</sup> Er soll 2018 auf 38,5 Milliarden Euro (+ 4%), 2019 auf 39,9 Milliarden (+3,6%), 2020 auf 41,2 Milliarden (+3,3%) auf 42,4 Milliarden Euro im Jahr 2021 (+ 2,9 %) steigen. Insgesamt um 14,6 Prozent, also jahresdurchschnittlich um 3,65 %. Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2018 und des Finanzplans bis 2021, 28.6.2017, 14 Seiten, S. 14.



die alte Groko hat eine Erhöhung der Bundeswehrausgaben bis 2021 beschlossen. Bis dahin sollen sie auf 42,3 Milliarden steigen. Der neue Koalitionsvertrag enthält zwei Vereinbarungen über weitere Steigerungen. Zum einen sollen von 2018 bis 2021 für Verteidigung und Entwicklungshilfe zu gleichen Teilen 2 Mrd. Euro ausgegeben werden - das wären durchschnittlich 250 Mio. Euro pro Jahr für das Militär. Darüber hinaus wurde darin abgemacht, „zusätzlich entstehende Haushaltspielräume prioritär dazu zu nutzen“<sup>40</sup>, Fähigkeitslücken der Bundeswehr und Gelder für Entwicklungszusammenarbeit im Verhältnis eins zu eins einzusetzen. Wie viel das sein könnte, ist unbestimmt. Der neue Haushaltsentwurf 2018 von Finanzminister Olaf Scholz vom 27.4.18 sieht nun sogar einen Anstieg des Einzelplans 14 auf von 42,3 auf 43,9 Mrd. Euro (2021) vor. Das bedeutet in dem Jahr etwa 1,6 Mrd. Euro mehr als im alten Groko-Entwurf stand. Die Mehrausgaben bis 2021 summieren sich bei Scholz auf 5,5 Mrd. Euro. Frau von der Leyen ist die Steigerung zu gering. Sie will sogar 12 Mrd. Euro mehr. Konkret will sie (ausgehend vom alten Groko-Plan) 2019 drei Milliarden mehr, 2020 vier und 2021 fünf Milliarden mehr.<sup>41</sup> Das würde für 2021 bedeuten über 47 Mrd. Euro. Nach NATO-Kriterien kämen wir 2021 demnach nach von der Leyen auf etwa 50,5 Mrd., bei Scholz auf schätzungsweise 47,5 Milliarden Euro. Im ersten Fall wäre das ein Anteil am BIP von knapp 1,4 Prozent, im zweiten Fall von 1,3 Prozent.

Wie von 2021 bis 2024 von 1,4 bzw. 1,3 Prozent auf 2 Prozent gesteigert werden soll, erscheint aus heutiger Warte sehr zweifelhaft. Zu befürchten ist ein Trommelfeuer auf allen Kanälen, dass die Bundeswehr unterfinanziert sei, um die zugesagten Verpflichtungen einzuhalten. Jedoch ist die Bevölkerung nie danach gefragt worden, ob sie den Verpflichtungen überhaupt zugestimmt hätte.

Kommen wir abschließend auf die EU-Militarisierung zu sprechen. Im Juni letzten Jahres sagte der Vizepräsident der EU-Kommission, der Finne Jyrki Katainen, über die EU-Militarisierung: „Wir sind in den letzten sechs Monaten viel weiter gekommen als in den sechzig Jahren zuvor.“<sup>42</sup> Dabei übertreibt Katainen nicht einmal. Was ist passiert?

Seit der Brexit-Entscheidung im Juni 2016 wird die EU-Militarisierung von interessierter Seite rasant beschleunigt. Ministerin von der Leyen machte frühzeitig deutlich, dass die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU nun vorankommen müsse, denn Großbritannien habe diese gelähmt. Mit ihrem französischen Kollegen legte sie einen EU-Plan vor, in dem beide betonten, „dass eine stärkere und leistungsfähigere Europäische Verteidigung gleichzeitig eine Stärkung der NATO darstellt“.<sup>43</sup>

Am 10.2.17 überraschte die FAZ mit der programmatisch zu verstehenden Aussage: „Die Bundeswehr entwickelt sich zur führenden NATO-Armee in Europa“. Man fragt sich: Wie kommen die darauf? Deshalb: Entsprechend dem Rahmennationen-Konzept der NATO, indem Deutschland die Rolle einer Ankerarmee zufällt, ordnen sich je eine tschechische und eine rumänische Brigade deutschen Divisionskommandos zu, üben gemeinsam, um die Kampfkraft zu steigern. Mit den Niederländern ist

---

[http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Abt\\_2/2017-06-28-PM-zahlen-und-fakten.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Abt_2/2017-06-28-PM-zahlen-und-fakten.pdf?__blob=publicationFile&v=2)

<sup>39</sup> Defence expenditure of NATO Countries (2010 – 2017), NATO Press Release 15.3.2018. 15 Seiten, Seite 8. [https://www.nato.int/nato\\_static\\_fl2014/assets/pdf/pdf\\_2018\\_03/20180315\\_180315-pr2018-16-en.pdf](https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2018_03/20180315_180315-pr2018-16-en.pdf)

Für 2017 ist es ein Schätzwert.

<sup>40</sup> Koalitionsvertrag zwischen CDU-CSU und SPD vom 7.2.18, Zeile 6856 ff

<sup>41</sup> 29.4.18, <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/verteidigungsministerin-ursula-von-der-leyen-fordert-zwoelf-milliarden-euro-mehr-fuer-bundeswehr/21226456.html>

<sup>42</sup> NZZ 10.6.17

<sup>43</sup> Erneuerung der GSVP, Hin zu einer umfassenden und glaubwürdigen Verteidigung der EU, 6 Seiten, S. 5

das ohnehin schon der Fall, denn zwei Drittel der holländischen Heeresverbände sind den deutschen Kommandostrukturen unterstellt. Am 12.2., also nur zwei Tage später, wurde bekannt, dass Deutschland und Frankreich gemeinsam eine Lufttransportstaffel aufstellen wollen. Tags darauf wurde die Absicht verkündet, eine Luftbetankungsflotte mit vier weiteren europäischen NATO-Ländern zu bilden. Im März wurde ein EU-Hauptquartier ins Leben gerufen, um den Armeeaufbau der fünf Länder der Sahel-Zone unter deutsch-französischer Führung in Angriff zu nehmen.<sup>44</sup>

Der Leitartikler der FAZ wagt einen strategischen Blick in die Zukunft: „Das Geflecht dieser Zusammenarbeit der europäischen NATO-Partner unter maßgeblicher deutscher Führung kann auf diese Weise zum Wurzelwerk einer europäischen Armee werden.“<sup>45</sup> Nach der Wahl Emmanuel Macrons zum Präsidenten Frankreichs erhielt die EU-Militarisierung noch mehr Schub. Er sprach sich „für ein Vorgehen Deutschlands und Frankreichs in der europäischen Verteidigungszusammenarbeit“<sup>46</sup> aus.

Das traf bei Kanzlerin Angela Merkel mit Blick auf US-Präsident Donald Trump auf volle Unterstützung. Sie sagte im Mai: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, sind ein Stück weit vorbei.“ Und sie schlussfolgerte: „Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in die eigene Hand nehmen.“<sup>47</sup>

Merkel und Macron vereinbarten, gemeinsam neue Generationen von Kampfpanzern, Kampfjets und Artilleriesystemen zu entwickeln. Für die Entwicklung der Kampfpanzer wird mit der Entscheidung zu Gunsten von Krauss-Maffei Wegmann und Nexter schon im zweiten Halbjahr des Jahres gerechnet. Über den Kampfjet weiß man schon, dass seine Technik auf künstlicher Intelligenz basieren und er Schwärme von unbemannten Drohnen steuern soll.<sup>48</sup> Beides soll zusammen mit Satelliten wiederum von AWACS-Flugzeugen aus gesteuert werden.<sup>49</sup> Allein die Entwicklungskosten werden auf 80 Milliarden Euro geschätzt. Um 2040 herum wollen Airbus und Dassault Flieger und Drohnen einsatzbereit haben.

Kommissionspräsident Juncker legte im Juni ein Strategiepapier zur EU-Militarisierung<sup>50</sup> vor, das bis 2025 angelegt ist. Unter der Überschrift „Europa kann ‚Militärische Macht‘ werden“ berichtet die FAZ, dass der Entwurf drei Optionen enthalte: „Neben der Devise ‚Weiter so wie bisher‘ stellt es in einem zweiten Szenario eine EU als ‚militärische Macht‘ zur Diskussion – ergänzend, nicht aber in Konkurrenz zur NATO. Die ehrgeizigste Option umfasst eigenständige militärische Operationen und gemeinsame Truppenverbände sowie eine weitgehende Kooperation bei der Beschaffung und Entwicklung von Verteidigungsgütern.“<sup>51</sup>

---

<sup>44</sup> Der G-5-Eingreiftuppe versprach die EU und andere internationale Geldgeber 414 Mio. Euro für den Aufbau einer 5.000 Soldaten starken Eingreiftuppe. Der Anteil der EU und seiner Mitgliedsstaaten belaufe sich auf 176 Mio. Euro. Andere Geldgeber seien Saudi-Arabien (100 Mio. Euro), USA (60 Mio. Euro), VAE und Marokko. Es entstünden jährliche Kosten von insgesamt 115 Mio. Euro, FAZ 24.2.18

<sup>45</sup> FAZ 17.2.17

<sup>46</sup> FAZ 20.5.17

<sup>47</sup> FAZ 30.5.17

<sup>48</sup> FAZ 25.4.2018, Airbus und Lockheed wittern Neugeschäft

<sup>49</sup> FAZ 24.4.18, Zu den Kampfjets: „Dabei handelt es sich um ein komplexes Luftfahrtsystem, das regelrecht aus einem Schwarm von mehreren Flugkörpern besteht: einem bemannten Kampfjet, Drohnen und Satelliten. Die wiederum von den in der Luft befindlichen AWACS-Überwachungsanlagen gesteuert werden. Gegen 2040 soll das System einsatzfähig sein.“

<sup>50</sup> [https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/reflection-paper-defence\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/reflection-paper-defence_de.pdf)

<sup>51</sup> FAZ 7.6.17

Es wird noch fataler. Ein Novum: Die EU legt sich eine „gemeinsame Kriegskasse“<sup>52</sup> zu. Der Begriff „Kriegskasse“ für den sogenannten Verteidigungsfonds stammt nicht von mir, sondern aus der erzkonservativen Neuen Zürcher Zeitung. Für Militärforschung soll dieser Fonds bis 2020 von zunächst 25 Millionen auf 500 Millionen Euro jährlich dauerhaft steigen. Zusätzlich sehen die Kommissionsvorhaben für Entwicklungs- und Beschaffungsprojekte für die Jahre 2021 bis 2027 jährliche Ausgaben in Höhe von einer Milliarde Euro vor. Diese Mittel werden dann gewährt, wenn sich aus jeweils zwei EU-Ländern Firmen zusammenfinden, die ein gemeinsames Rüstungsprojekt anstreben. Ziel ist es, die Vielfalt der Waffentypen in der EU zu vermindern und die grenzübergreifende Rüstungsproduktion respektive Fusion von Rüstungsfirmen zu initiieren. Die EU trägt jeweils 20 Prozent als Subventionsmittel zu den Projektkosten bei. Also Steuergeld. Auf diese Weise erhofft sich die EU-Kommission jährliche - von der EU geförderte – Rüstungsprojekte in Höhe von 5 Mrd. Euro.

Addiert man beide Ebenen der Förderung, also die Forschungsmittel und die Beschaffungsmittel, ergeben sich daraus maximal bis 2027 Ausgaben von 41 Milliarden Euro: 13 Milliarden kommen direkt aus dem EU-Haushalt – also Steuergeld, 28 Milliarden Euro aus den nationalen Haushalten – ebenfalls Steuergeld. Die Quintessenz: Wir stehen vor einem epochalen Einschnitt: Der Konsens, dass der EU-Haushalt frei von Militärausgaben bleiben soll, wird gesprengt.

Mitte Dezember wurde die im EU-Vertrag von Lissabon 2009 in Kraft gesetzte Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, die englische Abkürzung lautet PESCO, von 25 der momentan noch 28 EU-Staaten beschlossen. Außer Großbritannien, das die EU verlässt, nehmen Dänemark und Malta an PESCO nicht teil.

Voraussetzung für die Teilnahme an PESCO ist: Die Länder müssen an den Battlegroups und an der Europäischen Verteidigungsagentur teilnehmen. Bei PESCO handelt es sich um die Institutionalisierung des Kerneuropa-Konzepts, das Wolfgang Schäuble und Karl Lamers 1994 entwarfen<sup>53</sup> Man spricht auch vom Europa der zwei Geschwindigkeiten. Damit die Militarisierung der EU nicht ins Stottern gerät, koppelt es Unwillige von dem Prozess ab. Innerhalb der EU entsteht ein Militärkern. Er verfügt exklusiv über die militärischen Aufklärungs- und Führungsmittel, über das höchste Truppenpotenzial und das effektivste Militärgerät und damit über ein militärisches Machtmonopol innerhalb der EU.

Der Lissabon-Vertrag setzt im militärischen Bereich das Einstimmigkeitsprinzip außer Kraft. Um Militärfaktionen von PESCO in Gang zu setzen, ist lediglich eine qualifizierte Mehrheit nötig. Ein Vetorecht von Einzelstaaten gibt es also nicht mehr. Für einen Militäreinsatz braucht es zwei Voraussetzungen: 65 Prozent der EU-Bevölkerung und 55 Prozent der Mitgliedstaaten müssen ihnen zustimmen.

Um PESCO mit militärischem Leben zu füllen, wählte der EU-Rat zunächst 17 Projekte aus. Deutschland ist alleinige Führungsnation bei zwei Projekten. Das ist zum einen ein europäisches Sanitätszentrum. Im zweiten Fall soll im Logistikbereich Deutschland „als Haupttransitland der EU bis ca. 2024 unter anderem ein Netzwerk von Logistik-Drehscheiben (Hubs) aufbauen sowie Transportwege und Transportsicherheit gewährleisten.“<sup>54</sup> Zu diesem Projekt zählt ferner die

---

<sup>52</sup> NZZ 10.6.17

<sup>53</sup> und im Jahr 2000 von Außenminister Joseph Fischer in seiner „Humboldt-Rede“ als „Avantgarde-Europa“ oder „Gravitationszentrum“ wiederbelebt wurde.

<sup>54</sup> Europäische Sicherheit und Technik (ES&T) Februar 2018, S. 10

Optimierung der logistischen Versorgung für Auslandseinsätze. [...]Hier tun sich Analogien vielleicht auch Synergien auf zum neu zu gründenden deutschen NATO-Kommandozentrum für Logistik in Ulm, das dazu dient, die NATO-Truppenverlegung nach und in Europa zu beschleunigen.

Darüber hinaus ist die Bundeswehr an vier weiteren PESCO-Projekten mit Partnerländern als Führungsnation beteiligt.<sup>55</sup>

Ministerin von der Leyen sprach anlässlich der Gründung von PESCO von einem „Schritt in die Richtung der Armee der Europäer.“ Auf der Münchner Sicherheitskonferenz Mitte Februar setzte die französische Verteidigungsministerin Florence Parly ein noch weiter gestecktes Ziel. Laut FAZ sagte sie: „Nötig sei künftig eine ‚strategische Autonomie Europas‘. Und die Französin illustrierte es mit ausführlchen Bildern“, so die FAZ: „Wenn Europa künftig in seiner Nachbarschaft bedroht werde, vor allem im Süden, müsse es aus eigener Kraft in der Lage sein, sich dem entgegenzustellen, und dürfe nicht länger darauf vertrauen, dass die Amerikaner, ob selbständig oder im Rahmen der NATO, an unser Krankenbett eilen“, um die militärische Schwäche auszugleichen.“<sup>56</sup>

Noch weitergehende Ziele, nämlich eine EU-Armee aufzubauen, haben zuvor schon andere Spitzenpolitiker formuliert: EU-Kommissionspräsident Juncker, CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder und auch Sigmar Gabriel. Laut einer Umfrage der Körber-Stiftung „würden heute schon 58 Prozent der Deutschen eine Europa-Armee mittragen. 38 Prozent sind dagegen.“<sup>57</sup> Und noch eine Zahl aus dieser Umfrage: „88 Prozent der Deutschen denken, dass eine Verteidigungspartnerschaft unter europäischen Staaten künftig Priorität gegenüber einer Partnerschaft mit den USA haben sollte.“<sup>58</sup>

Deutschland und Frankreich setzen sich an die Spitze der militärischen EU-Entwicklung. Sind beide gleichberechtigt? Sind sie militärisch gleich stark? Das wird die Zukunft zeigen. Der französische Präsident hat klar erklärt, dass Frankreich für 2025 das Zwei-Prozentziel anstrebt. Das wären dann nach NATO-Kriterien wohl etwa 52 Milliarden Euro. Verglichen mit den 80 Milliarden bei uns ist das ein gewaltiger Unterschied. Woher kommt der? Ganz einfach: Das deutsche BIP liegt 40 Prozent über dem französischen (2016).<sup>59</sup>

Ich glaube, es ist keine gewagte These, dass der militärisch-industrielle Komplex und seine Medienvertreter\*innen ihren Kampf um die Köpfe verstärken werden, um sie für ihren Aufrüstungskurs zu gewinnen. Interessant dabei ist die gesellschaftliche Einschätzung. Im Januar wurde dazu vom konservativen Meinungsforschungsinstitut Allensbach eine repräsentative Umfrage

---

<sup>55</sup> ES&T Februar 2018, S. 10. „Dazu zählen der Aufbau eines EU-Zentrums für Trainingsmissionen, die Verbesserung der EU-Krisenreaktionsfähigkeit und das Projekt ‚Military Mobility‘, Gemeinsam mit den Niederlanden soll es dabei um den Abbau bürokratischer Hürden beim grenzüberschreitenden militärischen Verkehr gehen.“

<sup>56</sup> FAZ 17.2.18, Am verteidigungspolitischen Krankenbett

<sup>57</sup> FAZ 5.12.17, Auf wen verlassen wir uns?

<sup>58</sup> Schauen wir einmal, aus welchem militärischen Potenzial sich eine EU-Armee speisen ließe. Die Soldatenzahl aller 25 PESCO-Mitglieder zusammen ist imposant: etwa 1,3 Mio.. Zum Vergleich: Russland hat etwa 800.000, die USA haben etwa 1,4 Mio. Soldaten. Die Militärausgaben der PESCO-Länder summieren sich auf etwa 150 Mrd. Euro. Damit belegen sie Platz drei in der Welt nach den USA und China. Auch in Bezug auf die konventionelle Rüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft, gibt sich die EU gegenüber Russland keine Blöße. Ein Vergleich der neun bedeutendsten Waffensysteme ergibt fünf zu vier für die EU gegen Russland. Bleibt die Frage nach den Nuklearwaffen. Frankreich hat etwa 300 Atomsprengköpfe auf Interkontinentalraketen in vier U-Booten montiert. Experten meinen, dass dies für Abschreckungszwecke ausreiche. Bleibe die Frage nach der Verfügungsgewalt. Bleibe sie bei Frankreich allein? Kann sie überhaupt europäisiert werden? Ist diese Entwicklung überhaupt wünschenswert? Ist es nicht der Sinn des Atomwaffensperrevertrags, die Weitergabe der Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu verhindern? Sein Name sagt es doch schon: Non Proliferation Treaty: Nicht-Weiterverbreitungsvertrag. Das sind offene Diskussionspunkte, die im Zusammenhang mit der Europäischen Armee, die unabhängig von den USA und Kanada agiert, stehen.

<sup>59</sup> Für 2016: Deutschland 3132,7 Mrd. Euro, Frankreich 2229 Mrd. Euro, Fischer Weltalmanach 2018, S. 9, bzw. S. 160

gemacht. Springers Welt berichtete Mitte Februar über den Allensbach-Sicherheitsreport 2018<sup>60</sup>. Daraus zwei Aspekte für unseren Zusammenhang: Die Leute wurden gefragt, von welchen Ländern geht in den nächsten Jahren die größte Bedrohung aus? Dabei wurden ihnen Ländernamen vorgegeben und sie mussten mit Ja oder Nein antworten. Das Ergebnis erbrachte folgende Reihenfolge: Nordkorea (73 Prozent), USA (40), Iran (37), Türkei (33), Syrien (30). Platz 6 Russland (28). Dann folgen Afghanistan (26) Israel (24), Saudi-Arabien (17) usw. Dazu schreibt der Welt-Autor: „Russland hat laut dem Report als klassisches Feindbild ausgedient – unter anderem eine Folge der Aussetzung der Wehrpflicht“. Also: Die Bevölkerung nimmt Russland nicht als die Bedrohung wahr, als die es uns interessierte Kreise tagtäglich eintrichtern wollen und daraus eine massive Aufrüstung ableiten. Deshalb kann Folgendes aus dieser Umfrage nicht überraschen: Obwohl nur 22 Prozent der Bevölkerung die Bundeswehr für gut ausgestattet und einsatzfähig halten, sind nur 27 Prozent dafür, mehr Geld für die Bundeswehr auszugeben. Also: Mehrausgaben für die Bundeswehr haben in der Gesellschaft keine Mehrheit.

Trotzdem: Wir stehen an der Schwelle einer starken Steigerung der deutschen Militärausgaben. Die EU-Militarisierung geschieht in nie dagewesener Rasanz. Die Aufrüstung ist gegen Russland gerichtet und ermöglicht zugleich mehr deutsche Kriegeinsätze weltweit. Deutschland droht zur militärischen Führungsmacht der EU zu werden.

Ich finde, wir müssen dem ein Konzept der Abrüstung entgegensetzen, das vertrauensbildende Maßnahmen vereinbart und eine neue Entspannungspolitik mit Russland einleitet. Ein Element ist der Appell „Abrüsten statt Aufrüsten“<sup>61</sup>, der bereits über 40.000 Unterschriften trägt. Leider ist das längst nicht genug, um politischen Druck für Abrüstung hier auszuüben. Helft bitte mit, dass das anders wird, unterschreibt und sammelt selbst.

[Ende des Manuskripts 29.4.18]

\*Lühr Henken, Berlin, einer der Sprecher des Bundesausschuss Friedensratschlag, arbeitet in der Berliner Friedenskoordination mit, ist Mitglied der DFG/VK.

---

<sup>60</sup> Welt.de, 14.2.2018, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article173588914/Allensbach-Sicherheitsreport-2018-Ansehen-der-Bundeswehr-sinkt.html>

<sup>61</sup> <https://abruesten.jetzt/>